

Metropolregionen Vorreiter einer Neugliederung?

Konrad Lammers

Die Bildung von Metropolregionen in Deutschland schreitet voran. Mittlerweile hat die Ministerkonferenz für Raumordnung elf Metropolregionen ausgewiesen. Die einzelnen Metropolregionen ihrerseits sind auf der Suche nach Handlungsfeldern und Regeln, um sich Vorteile im Standortwettbewerb zu erschließen. Jüngstes Beispiel ist die Kooperationsvereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen für die Metropolregion Bremen-Oldenburg. Die Formierung von Metropolregionen beruht auf zwei raumwirtschaftlichen Entwicklungen. Erstens haben sich die wirtschaftlichen Funktionsbeziehungen in den letzten Jahrzehnten räumlich stark ausgeweitet, so dass immer größere Landesteile dem Einzugsbereich großer Städte zuzuordnen sind. Und zweitens gelten Metropolen als die Motoren des wirtschaftlichen Fortschritts, über die auch die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung hergestellt wird.

Auch wenn Vorsicht angebracht ist hinsichtlich der Einschätzung, dass jede Metropole an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung steht, so ist offensichtlich, dass der Entwicklung der großen Agglomerationen große Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik und damit den Wohlstand in ganz Deutschland zukommt. Das Kernproblem der Metropolregionen ist, dass ihre wirtschaftsstrukturellen Verflechtungsräume nicht mit administrativen Gebietskategorien übereinstimmen. Die Metropolregionen setzen sich vielmehr aus kreisfreien Städten und Umlandkreisen zusammen, in vielen Fällen auch bundesländerübergreifend. Besonders evident ist das Problem bei den drei Stadtstaaten, die als Kernstädte die Kooperation mit Kreisen und Städten anderer Bundesländer suchen müssen. Die administrativen Grenzen, die die Metropolregionen zerschneiden, machen es sehr schwer, zu substantiell vorteilhaften standortpolitischen Entscheidungen zu gelangen. Vielfach wird sich dieses Problem nur dann befriedigend lösen lassen, wenn es zu einer Anpassung der administrativen Grenzen an die wirtschaftlichen Verflechtungsbeziehungen, sprich zu Länderneugliederungen, kommt.

Dieser Kommentar ist erschienen in: *Wirtschaftsdienst*, Nr. 7/2006, S. 422